

Neue Informationen aus Palästina, der Politik und dem Verein 5. Juni 2019

1. Großer Erfolg der Ausstellung „Frieden ist möglich – auch in Palästina“

Die Ausstellung „Frieden ist möglich – auch in Palästina“ wurde vom 7. bis 23. Mai im Foyer des Wieslocher Rathauses gezeigt. Auf 17 Tafeln ging es um die Entstehung des Israel-Palästina-Konflikts – Einwanderung von Juden nach Palästina, Vertreibung der Palästinenser, Gründung des Staats Israel, die Kriege, Besetzung der Westbank, Siedlungspolitik – aber auch die negativen Auswirkungen auf die israelische und palästinensische Gesellschaft wurden thematisiert.

Bei der Eröffnung der Ausstellung am 7.5. sprachen die Initiatorin Frau Gollwitzer, Bürgermeister Sauer und Günter Schroth einführende Worte. Erfreulich groß war das Interesse der Besucher bei der Ausstellungseröffnung. (siehe Zeitungsbericht auf unserer Internetseite) Leider blieb das Interesse der Rathausbesucher in den beiden folgenden Wochen gering. Ein Lichtblick waren vier Schulklassen vom Gymnasium Sandhausen, die mit ihren Lehrern kamen: Mit Hilfe eines von Jörg entworfenen Arbeitsblatts gingen die Schüler durch die Ausstellung. Sie waren interessiert und engagiert, manch angeregtes Gespräch mit den Betreuern vom Verein kam zustande. Die Schüler erfuhren Einzelheiten über einen Konflikt, der ihnen bis dahin weitgehend unbekannt war.



Bild: Frau Dr. Daibes beim Oberbürgermeister der Stadt Wiesloch. Sie trägt sich in das ‚Goldene Buch‘ der Stadt ein.

Nächste Termine

Montag 01.07.2019 19 Uhr Mitgliederversammlung im evangelischen Gemeindehaus Frauenweiler

Hinweis in eigener Sache:

Unser Newsletter erscheint alle drei Monate und ist von der Anzahl der Seiten begrenzt. Weitere Informationen finden Sie deshalb auf unserer Internetseite: bubp.de

AKTUELLE THEMEN:

1. Großer Erfolg der Ausstellung „Frieden ist möglich – auch in Palästina“
2. Fraktionsübergreifender Antrag im Bundestag "Der BDS-Bewegung entschlossen entgegen-treten“
3. Nahostkonferenz: ein Palästinenser wird kommen

Überraschend besuchte auch Bürgermeister Sauer die Ausstellung mit einer größeren Schülergruppe – Wieslocher Schüler und französische Austauschschüler. Er zeigte ihnen, dass das friedliche Leben, das wir in Europa genießen, in anderen Teilen der Welt, wie z.B. in Israel und Palästina, nicht selbstverständlich ist.

Ein weiterer Höhepunkt war der Besuch der palästinensischen Botschafterin Dr. Khoulood Daibes. (siehe hierzu Bericht auf unserer Internetseite).

Wir freuen uns, dass die Stadt Wiesloch das Rathausfoyer für die Ausstellung zur Verfügung gestellt hat.

2. Fraktionsübergreifender Antrag im Bundestag "Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten - Antisemitismus bekämpfen"

Die Fraktionen des Bundestages von CDU/CSU, Bündnis90/Die Grünen, SPD und FDP haben den fraktionsübergreifenden Antrag "Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten - Antisemitismus bekämpfen" gestellt. Hierzu gibt es Stellungnahmen der palästinensischen Botschafterin Dr. Daibes, von israelischen Friedensorganisationen und auch vom Vorstand unseres Vereins. Unser Schreiben lautet:

„Geehrte Damen und Herren Fraktionsvorsitzende!

Wir, der Vorstand von „Bildung und Begegnung Palästina e.V. Wiesloch“ sind sehr betroffen über Ihren Antrag unter dem Titel „**Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten- Antisemitismus bekämpfen**“.

Wir teilen mit Ihnen die Auffassung, dass jeder Form von Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus bei uns in Deutschland entschlossen entgegentreten wird.

Wir teilen mit Ihnen die Auffassung, dass jeder Form von Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus bei uns in Deutschland entschlossen entgegen getreten werden wird. Wir teilen auch die Überzeugung, dass Deutschland ein tolerantes, demokratisches und die grundlegenden Menschenrechte (GG und UNO-Charta) achtendes Land ist. Darauf sind wir stolz.

Bei Ihrem vorliegenden Antrag wird aber leider nicht unterschieden zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten (Westbank, Gaza, Ostjerusalem). Leider wird auch nicht differenziert zwischen der Kritik an der Politik Israels und dem Antisemitismus. Im Gegenteil, das Papier vermittelt den Eindruck, dass beides unmittelbar zusammenhängt. Dem widersprechen wir entschieden.

Wir sind nicht Mitglied der BDS-Bewegung. Fordern aber eine differenzierte Betrachtung ihrer Vielfältig- und Vielschichtigkeit. BDS ist in unserer Wahrnehmung nach keine Vereinigung von Menschen, die gegen Juden oder Israelis gerichtet ist. **BDS ist Reaktion auf die andauernde Besatzung palästinensischen Gebietes**, mit allen schlimmen, täglich zu erlebenden Folgen.

Wir Vorstandsmitglieder sind der Überzeugung, dass Menschenrechte für alle Menschen und überall zu gelten haben – in Deutschland, Israel und Palästina; für Israelis, Deutsche und Palästinenser; für Juden, Christen und Muslime!

Es geht nicht um eine bestimmte Wahrnehmung von Juden und jüdischen Einrichtungen oder gar um Hass gegen Juden und um Einschränkung von deren Freizügigkeit oder um das Existenzrecht Israels.

- Es geht vielmehr um das grundgesetzlich garantierte Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Das nämlich soll durch Raumverbote für kritische Stimmen verunmöglicht werden.
- Es geht primär auch nicht um einen allumfassenden Boykott, Deinvestment und Sanktionen. Es geht um **gewaltfreie Aktionen**, um die seit über 50 Jahre andauernde Besatzung Restpalästinas (26% des Landes) zu beenden, den Palästinensern endlich einen eigenen Staat zuzugestehen, wie ihn Israel schon seit über 70 Jahren hat. Um auch ihnen ein „**Leben in Würde**“ zu ermöglichen.
- Es geht nicht um Antisemitismus, sondern um Kritik an der israelischen Regierung, welche den Palästinensern die elementaren Menschenrechte verweigert. Der Antisemitismus-Vorwurf wird instrumentalisiert, um kritische Stimmen gegen die israelische Besatzungspolitik zu isolieren und mundtot zu machen. Die Unterstellung in diesem Zusammenhang, „**Kauft nicht bei Juden**“ in der bewussten Konnotation mit dem deutschen Faschismus ist der infame Versuch, jede Kritik an der Militärpolitik der israelischen Regierung als Rassismus zu diffamieren.
- **Schließlich, welche Ironie:** Was BDS vorgeworfen wird **ist jahrelange Praxis Israels**. Die israelische Regierung blockiert seit Jahren Gaza und hat aus diesem Landstreifen ein hermetisch abgeriegeltes „Frei-luft-Gefängnis“ gemacht.
Der israelische Staat als Besatzungsmacht zerstört systematisch die Infrastruktur der Westbank durch Siedlungs- und Straßenbau, durch Landenteignung und Zerstörung vorhandenen Wohnraumes (rd. 600.000 israelische Bürger leben inzwischen im besetzten Gebiet), und macht dadurch menschenwürdiges Leben unmöglich. Der Staat Israel hat das palästinensische Ostjerusalem und die Golanhöhen völkerrechtswidrig annektiert und kündigt weitere Annexionen an.
- **Wir fragen**, was tut die deutsche Regierung, was die Europäische Union, was die Weltgemeinschaft (UNO), um neben der Sicherheit Israels auch den palästinensischen Menschen ein **Leben in Würde** zu ermöglichen?

BILDUNG UND BEGEGNUNG PALÄSTINA E.V. WIESLOCH

- **Was tun Sie**, um die Umsetzung des UN-Teilungsplanes von 1947 (Resolution 181), „zwei Staaten für zwei Völker“, endlich einzulösen?
139 Staaten haben Palästina anerkannt. Bedenken Sie, dass Palästina und Israel auch durch die Mitschuld in die jetzige Lage gebracht wurde. Wollen wir uns noch weitere Schuld auf uns laden?
- Die EU-Außen- und Sicherheitsbeauftragte, Federica Mogherini stellte am 15.09.2016 fest:
„Die EU schützt nachdrücklich Meinungs- und Vereinigungsfreiheit in Übereinstimmung mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union ... und das schließt auch BDS-Aktivitäten ein“
- **Wir lassen uns nicht zu Antisemiten machen. „Wir weigern uns, Feinde zu sein“**
(Daoud Nassar –Tent of Nations)

Ihr Beschluss ist für eine gerechte Friedenslösung kontraproduktiv. Wir bitten Sie um Rücknahme desselben.“

3. Nahostkonferenz: ein Palästinenser wird kommen

(Zeitungsartikel aus Neue Züricher Zeitung Inga Rogg, Istanbul 3.6.2019 Auszug)

Frieden durch Wohlstand: Das verspricht eine für den kommenden Monat angesetzte Konferenz in Bahrain. Sie soll der erste Schritt auf dem Weg zum «Jahrhundertdeal» des amerikanischen Präsidenten Donald Trump sein, mit dem dieser den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern beenden will. Die US-Regierung will an der zweitägigen Konferenz Investoren und Regierungen dafür gewinnen, Milliarden von Dollar in die Palästinensergebiete sowie angrenzende Staaten zu investieren, eine Art Marshallplan für die Palästinenser also.

Die Idee, den Hebel bei der Wirtschaft anzusetzen, ist grundsätzlich nicht schlecht. Andere Weltregionen haben in der Vergangenheit gezeigt, dass wirtschaftlicher Aufschwung durchaus zur Lösung von festgefahrenen Konflikten beitragen kann. Im Fall der Palästinenser hat es ähnliche Vorstöße freilich schon früher gegeben, die alle an der harten politischen Realität zerschellten. In Bahrain sollen die zentralen Streitfragen indes ausgeklammert werden: die Grenzen des künftigen palästinensischen Staats, der Status von Jerusalem, das Rückkehrrecht von Flüchtlingen oder die israelischen Siedlungen.



Zwar heißt es in Washington, in Bahrain werde es auch um politische Fragen gehen. Aber was der «Jahrhundertdeal» genau beinhaltet, weiß bis heute niemand genau. Der Architekt des Deals, Trumps Berater und Schwiegersohn Jared Kushner, ließ kürzlich durchblicken, dass Washington von der Zweistaatenlösung abgerückt ist.

Um für den Plan zu werben, sind Kushner, Nahostgesandte Jason Greenblatt und der Sondergesandte für Iran, Brian Hook, diese Woche nach Marokko, Jordanien und Israel gereist. Dabei machte der jordanische König Abdallah deutlich, dass die Zweistaatenlösung eine rote Linie ist.

Nach Netanyahus Debakel ist fraglich, was in Bahrain überhaupt erreicht werden kann.

Einen «Deal für das nächste Jahrhundert», nannte ihn Abbas am Donnerstag. Gut möglich, dass der Jahrhundertdeal nie das Licht der Welt erblickt.

Auf Beschluss der Mitglieder und des Vorstandes erhalten Mitglieder und Interessierte diesen Newsletter.

Falls Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, so teilen Sie uns das bitte per E-Mail mit an:

info@bubp.de.